

# Die Lösung muss dem Kapital wehtun

Die Linke in Osteuropa ist in einem beklagenswerten Zustand, das systemkritische Denken jedoch nicht, meint der ungarische Historiker Tamás Krausz

Im Herbst 1997 haben Sie in einem Interview die Lage der Linken in Ungarn und Osteuropa kritisch analysiert. Wie sehen Sie die Situation heute, mehr als 25 Jahre nach der Wende?

Seit dem Systemwechsel von 1989/1991 haben in Ungarn und anderen osteuropäischen Ländern die politischen Regime zahlreiche Metamorphosen durchlaufen. Die Grundtendenz besteht dabei, so wie wir das vorausgesehen haben, in der Entstehung autoritärer politischer Systeme.

Die zivilgesellschaftliche Sphäre ist seit Langem der Sphäre der Politik einverleibt, und dies darf nicht nur als Leistung der nationalistischen autoritären Systeme begriffen werden. Die Organisationen, die in der Ära des Systemwechsels und unmittelbar darauf entstanden und sich als Motoren sozialer Bewegung verstanden, sind zugrunde gegangen, und heute gibt es bestenfalls bei den rechten Organisationen Merkmale sozialer Bewegung. Die systemkritischen Kräfte der Zivilgesellschaft, die im Prinzip an der langfristigen Zielsetzung der gesellschaftlichen Gegenmacht festhalten, sind schwach, sehr schwach, und nicht in der Lage, ihre Kräfte zu vereinen.

Es ist auffallend, wie unbedeutend und kraftlos sich insgesamt die Protestbewegungen gegen die Diktatur des Kapitals in Osteuropa darstellen. Sicher, auch in Westeuropa hat seit dem Zerfall der klassischen Arbeiterbewegung nirgendwo eine antisystemische, antikapitalistische Bewegung der arbeitenden Menschen die Bühne der Geschichte betreten, und die radikale Verringerung der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften ist eine gesamteuropäische Erscheinung. Die Internationale des Kapitals funktioniert, jene der Arbeit dagegen nicht. In jüngster Zeit illustriert insbesondere die Migrationsproblematik diesen Zustand klar und deutlich.

Was ist das Neue am Regime Orbán, und wie ist es um die parlamentarischen Oppositionskräfte bestellt?

Im Jahr 2010 ist in Ungarn die Rechte mit einer Zweidrittelmehrheit an die Macht gekommen, und außerdem gehören im Parlament nahezu 20 Prozent der Abgeordneten der extremen Rechten, der Partei der Jobbik (Rechte bzw. Bessere) an, die eigentlich eine Opposition auf Seiten der Regierung darstellt. Dieses Wahlergebnis, das sich in hohem Maße der blinden neoliberalen Politik des vorhergehenden Ministerpräsidenten, des Parvenü-Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány verdankt, hat das »polnische Syndrom« nach Ungarn gebracht. Die Rechte hat im Parlament mehr als 80 Prozent der Sitze inne. Heute, im Jahr 2016, können wir beobachten, dass die Jobbik versucht, sich in einen Wolf im Schafspelz zu verwandeln. Sie hat sich im Parlament von ihrer antisemitischen Rhetorik abgewendet und bereitet sich auf die im Jahr 2018 bevorstehenden Wahlen vor. Die Ungarische Sozialistische Partei (Magyar Szocialista Párt, USP) und jene beiden Kleinparteien, die sich von ihr abgespalten haben, die Partei Gemeinsam (Együtt) und die von Gyurcsány geführte Demokratische Koalition (Demokratikus Koalíció) erwägen, die Jobbik in mögliche Koalitionskonstellationen einzubeziehen, wenn es



Tamás Krausz, geboren 1948, ist Historiker und Universitätsprofessor an der Eötvös Loránd Universität in Budapest. Seine Forschungen beschäftigen sich in erster Linie mit der Geschichte der Sowjetunion in der Zeit bis zum Zweiten Weltkrieg, mit der Geschichte des Bolschewismus und mit Laufbahn und Lebenslauf von Lenin und Stalin. In jüngster Zeit hat er über »umstrittene Fragen in der Geschichte der Sowjetunion und Osteuropas im 20. Jahrhundert« und den »verschwiegenen Völkermord«, verübt unter anderem durch die ungarischen Besatzungstruppen in der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg, publiziert. Seine monumentale Studie »Reconstructing Lenin. An Intellectual Biography« wurde nach dem Erscheinen der englischsprachigen Übersetzung im Jahr 2015 mit dem Deutschen Memorial Prize ausgezeichnet.

Krausz ist eine Schlüsselfigur der antikapitalistischen Linken in Ungarn. In den Jahren 1988/89 nahm er an der Gründung der Vereinigung der Linken Alternative (Baloldali Alternatíva Egyesülés) teil, einer Organisation von mehreren Hundert Intellektuellen, die sich die Verwirklichung des

Selbstverwaltungssozialismus zum Ziel gesetzt hatten. Dies, so Krausz, »war kein scheinhafter Verein, sondern eine moralische Gemeinschaft«. Unter anderem gestützt auf die Mitglieder dieser Organisation wurde der Wissenschaftler zu einem der Mitbegründer einer politischen Plattform im Rahmen der Ungarischen Sozialistischen Partei (USP), die sich als antikapitalistisch und antistalinistisch definierte, und später den Namen »Verband der Linken« (Baloldali Tömörülés) annahm. Von 1989 bis 2009 war Krausz stellvertretender Vorsitzender dieser innerparteilichen Plattform. Im April 2009 trat Krausz aus der USP aus.

Als widerstandsfähigste Initiative, an deren Schaffung Krausz gemeinsam mit einigen Freunden führend beteiligt war, erwies sich die Vierteljahresschrift für Gesellschafts- und Kulturkritik »Eszmélet«. Diese einzige marxistische theoretische Zeitschrift Ungarns erscheint seit 1989. Tamás Krausz ist von Beginn an Redakteur des Blatts. Mit ihm sprach Susan Zimmermann.

Foto: Susan Zimmermann

eine Chance dafür geben soll, die jetzige Regierungskoalition aus Fidesz und Christdemokraten unter Ministerpräsident Viktor Orbán unter Druck zu setzen.

Orbán's Geheimnis besteht nicht einfach darin, dass er im Zeichen einer nationalpopulistischen Freiheitsrhetorik, die Brüssel die Schuld an den Problemen gibt, ein autoritäres Regime installiert hat. Das Geheimnis des ungarischen »Triumphismus« besteht darin, dass er tatsächlich Macht erringen konnte. Orbán ist es mit seiner Politik der Machtkonzentration gelungen, praktisch die gesamte elektronische Presse unter seine Kontrolle zu bringen. Er hat sich mit beinahe goebbelsscher Arroganz daran gemacht, die ungarische Gesellschaft geistig neu durchzukneten, und es sieht ganz danach aus, dass diese Gesellschaft in ihrer Mehrheit tatsächlich zur Anhängerin nationalistischer und fremdenhasserischer Politik geworden ist. Die entsprechende politische Rhetorik breitet sich durchaus in ganz Europa aus. Der Beitrag Orbán's hierzu ist unverkennbar. Orbán hat mithilfe regelmäßiger »Beteiligungen« eine neue Oligarcho-Bourgeoisie geschaffen, die ihm treu ergeben ist, und er hat nahezu jede Form des politischen und gesellschaftlichen Widerstandes erstickt, sogar das Streikrecht hat er de facto beschnitten. Die neue Verfassung, das Staatsgrundgesetz von 2010, markiert für Ungarn den definitiven Bruch mit der bürgerlich-demokratischen Tradition. Das politische System der Epoche seit der Wende ist damit nach links hin endgültig und hermetisch geschlossen, nach rechts dagegen ist es im Zeichen der Restauration im Geiste eines Neohorthyismus offen.

Welchen Widerhall findet Orbán's Flüchtlingspolitik in Ungarn?

Orbán ist die Flüchtlingsfrage sehr zupassgekommen, denn sie erlaubt es ihm unter Berufung auf den »nationalen Selbstschutz« seine anti-globalistische Demagogie, die die Politik der Machtkonzentration ideologisch untermauert, zu vervollkommen. Er hat die Flüchtlinge zum Sündenbock, zum neuen Gegner stilisiert, der quasi schuld ist an der Arbeitslosigkeit und der Kriminalität, am Terrorismus und an der existenziellen Unsicherheit. Die Zigeuner und die Juden sind damit in Sachen Gegnerschaft in den Hintergrund getreten. Die antikommunistische Rhetorik und die geistige Indoktrination sind stärker denn je. Meinungserfragen haben ergeben, dass etwa 80 Prozent der Bevölkerung Orbán's Antiflüchtlingspolitik unterstützen. Das Regime verschweigt und vernebelt systematisch, dass die NATO diese Menschen zu Vertriebenen gemacht hat. Mithilfe des manipulativen Systems werden die arbeitenden Menschen eingeschüchert, und die gesamte Gesellschaft wird demoralisiert und »refeudalisiert«.

Sie sprechen immer wieder vom Bündnis zwischen »liberalem Atlantismus« und der extremen Rechten – was meinen Sie damit?

Ich habe seit 2010 betont, das Orbán-Regime kann auf dem klassischen Weg der Parlamentswahlen nicht beseitigt werden. Ausschließlich eine gesellschaftliche Massenbewegung, ein

»Die zentrale Frage ist, ob es in der heutigen Situation möglich ist, »organisierte Zentren des Antikapitalismus aufzubauen. Der Vorstellung der netzwerkförmigen Organisation haftet eine gewisse Genialität an.«